

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 20

Ersteinst. Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. Nur Postbezug.
Peststellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 10. Mai 1925

Geschäftsstelle: Berlin O. 2. Brestlerstr. 8/9 IV.
Telefon: Merkur 8529.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

Die Heimarbeit in der Papierindustrie.

Während noch vor zwei Jahrzehnten, also zur Zeit der ersten Heimarbeitsausstellung in Berlin 1906, auch in der Papierindustrie ein erheblicher Prozentsatz der Arbeiter in der Heimindustrie beschäftigt wurde und der willkürlichsten Ausbeutung preisgegeben war, hat sich heute das Bild vollständig geändert. Durch das Erstarken der gewerkschaftlichen Organisation und Ausbreitung des Tarifgedankens wurden auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiterin einer tariflichen Regelung unterzogen und damit der schrankenlosen Ausbeutung ein harter Damm entgegengekehrt. Mit der tariflichen Regelung wurde aber auch der Heimarbeit der größte Anreiz zur weiteren Ausdehnung genommen, so daß sie heute in der Papierindustrie ganz erheblich zurückgegangen ist. Auch die maschinelle Entwicklung war nicht ohne Einfluß auf diesen Rückgang.

Insgesamt kommen heute noch in 45 bis 50 Orten 300 bis 400 männliche und rund 4000 weibliche Personen für die Heimindustrie in Frage, zu denen noch 200 bis 300 Kinder kommen. Diese Zahlen beruhen aber häufig nur auf schätzungsweise werten Angaben. Ferner wurden noch in 12 Orten 70 männliche und 360 weibliche Personen ermittelt, die unter Umgehung der gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen nach Feierabend noch Arbeit mit nach Hause nahmen. Entschuldigend wurde dabei allerdings einige Male bemerkt, daß dies nur ausnahmsweise geschehe, wenn besonders große Aufträge vorliegen und im Betriebe keine Arbeiter mehr eingestellt werden können.

Heute wie früher kommen für die Heimindustrie hauptsächlich die Lüten- und Beutelbranche, die Kartonnagenindustrie, sowie die Lugsuspapierbranche in Frage. In der ersteren wurden in 26 Orten an 2000 Heimarbeiterinnen und 120 Heimarbeiter gezählt, dazu noch ungefähr 100 Kinder. In der Kartonnagenindustrie wurden in 10 Orten 1200 Heimarbeiterinnen und je 100 männliche Personen und Kinder ermittelt; während für die Lugsuspapierbranche noch etwa 600 Heimarbeiterinnen in Frage kommen. Am stärksten sind hierbei Achtersleben, Berlin und Lahr interessiert, wo etwa je 500 bis 600 Personen in Frage kommen; ferner noch Dresden und Grimma, wo je 300 bis 400 Heimarbeiterinnen ermittelt wurden.

Wie bereits erwähnt, sind bei der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Werkstattarbeiter auch die der Heimarbeiterin im gleichen Sinne geregelt worden. Alle unsere Reichstaxen enthalten ebenso wie die Bezirkstaxen für die Lüten- und Beutelbranche eingehende Bestimmungen hierüber.

In wie starkem Maße unsere Organisation die Lohnverhältnisse selbst in der bisher so rückständigen Lüten- und Beutelbranche verbessert hat, zeigt — um nur eins von den vielen Beispielen anzuführen — eine Gegenüberstellung der Breslauer Akkordlöhne von 1912 und 1925. Es wurden gezählt für 1000 Stück:

	1912	1925
Lüten für 10-Gramm bis 1/2-Pfund-Größe	0,25 Mt.	0,39 Mt.
do. 1/2- bis 2-Pfund-Größe	0,30 "	0,40 "
Zigarren-, Lohn- und Drogenbeutel	0,30 "	0,74 "
do. (Bergamypapier)	0,30 "	0,88 "

	1912	1925
Einfache Flachbeutel für 1/2-Pfund- bis 1-Pfund-Größe	0,30 "	0,74 "
Bodenbeutel bis 1/2-Pfund-Größe	1,— "	1,87 "
do. (gefüllert) bis 1/2-Pfund-Größe	1,50 "	2,45 "
Schirmhüllen, klein	0,70 "	1,47 "
Musterbeutel, einfach, flach	0,45 "	0,98 "

Das sind also Steigerungen der Akkordlohnsätze von 50 bis 100 Prozent, ja teilweise sogar bis an 200 Prozent. Der Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes gegen die unwürdige Entlohnung der Heimarbeiterin ist also unverkennbar.

Aber wie jede gesetzliche Bestimmung zum Schutze der Arbeiterschaft, oder ähnliche, nur dann wirklichen Wert für die Arbeiterschaft hat, wenn eine starke Organisation ihr Nachdruck verleiht, so zeigt auch die Ausstellung, daß die besten Tarifverträge nur dann von wirklichem Wert sind, wenn eine gut disziplinierte und organisierte Arbeiterschaft dahintersteht. Diese Lehre drängt sich jedem auf, der die Heimarbeitsausstellung, ja bloß unsere Papierindustrie dort mit offenem Auge betrachtet. So zeigt uns die Lüten- und Beutelindustrie, daß die Löhne im allgemeinen durch die tarifliche Regelung gegenüber den Verhältnissen von 1906 sich wohl erheblich gebessert haben, aber noch immer recht niedrige sind, weil der größere Teil der Arbeiterinnen nicht organisiert ist. Besonders fällt Achtersleben auf, wo allein 500 bis 600 Personen mit Lüten- und Beutelleben in der Heimindustrie beschäftigt sind, die nur 18 bis 22 Pfennig pro Stunde verdienen, weil für sie, infolge schlechter Organisationsverhältnisse, kein Tarif abgeschlossen werden konnte, während die im Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen nach dem Akkordtarif entlohnt werden müssen und 40,5 Pfennig + 15 Prozent Akkordzuschlag, also 46,6 Pfennig pro Stunde erhalten. Sollte dieses Beispiel nicht allen Heimarbeiterinnen zu denken geben? Sie glauben etwa 50 Pfennig Verbandsbeitrag pro Woche zu sparen, werden aber dafür 10 Mark niedriger entlohnt, als ihre Kolleginnen in der Werkstatt.

Nicht minder lehrreich sind die ausgestellten Gegenstände aus der Kartonnagenindustrie. Hier gilt bekanntlich der für allgemein verbindlich erklärte Reichstax. Trotzdem also auf diese Tariflöhne ein klagbares Recht besteht, sehen wir doch, daß selbst dieser Tarif nur dort streng eingehalten wird, wo die Arbeiterschaft gut organisiert ist und selbst auf seine Einhaltung hält. So verdienen auch die Heimarbeiterinnen der gut disziplinierten Branche Berlins 66 bis 73 Pfennig pro Stunde, während die tarifliche Bezahlung in Lahr, wo die Organisationsverhältnisse wesentlich lotterer sind, recht viel zu wünschen übrig läßt. Das Lohnniveau der dortigen 500 bis 600 Heimarbeiterinnen, die der Organisation meistens fernstehen, hat sich zwar auch gegenüber 1906 ganz erheblich gehoben, doch findet man noch ziemlich oft untertarifliche Bezahlungen von 10 bis 20 Prozent und noch mehr. Die Arbeiterschaft ist aber so eingeschüchtern, daß sie sich gar nicht getraut, von ihrem klagbaren Recht auf den tariflichen Lohn Gebrauch zu machen. Als traurigstes Beispiel tariflicher Umgehung ist eine unorganisierte Kartonnagenarbeiterin in Jaisenhäusen

bei Karlsruhe zu erwähnen, die bei der Anfertigung von Mundharmonikafutteralen, sage und schreibe, 5 Pfennig pro Stunde verdient, während sie ein klagbares Recht auf 48 Pfennig pro Stunde hat. Sie muß also 10 Stunden arbeiten, um einen tarifmäßigen Stundenlohn zu verdienen.

Die Auswirkungen der Organisationsverhältnisse treten aber auch sonst in den einzelnen Tarifen noch stark in Erscheinung. Als Beweis hierfür braucht bloß auf die Galanteriebranche sowie die Lugsuspapierindustrie hingewiesen zu werden. In beiden Branchen sind die Organisationsverhältnisse sehr locker. Zwar gelang es, für beide Branchen in Berlin örtliche Tarife abzuschließen, die hinter den Reichstaxen erheblich zurückstehen und so verdienen auch die Heimarbeiterinnen nur 16 bis 25 Pfennig und nur Spezialarbeiterinnen, wie die Akkoristinnen, bringen es auf 36 bis 50 Pfennig pro Stunde. Die trostlosesten Zustände bietet uns aber die Lugsuspapierbranche in den Provinzorten, wo die Arbeiterschaft meistens der Organisation ganz fernsteht und daher geradezu unglaubliche Lohnverhältnisse noch bestehen. Den Rekord schlägt Liebertsdorf in Sachsen, wo einige Heimarbeiterinnen im besten Alter einen Stundenlohn von, sage und schreibe, 2 1/2 Pfennig erzielen. Ähnlich sind die Verhältnisse in Raumburg, wo 9, 10 bis 12 Pfg. pro Stunde verdient werden. Auch die badische Gewerbeinspektion, die Papierblumen ausgestellt hat, verzeichnet Löhne von 10 bis 12 Pfg., und eine Arbeiterin in Zwickau bringt es bei der Herstellung von Papierblumen sogar nur auf 3 1/2 Pfg. pro Stunde. Das sind erschütternde Verhältnisse, die kaum jemand heute noch für möglich gehalten hätte; die uns aber deutlich zeigen, welche immense Aufgaben unser hier harren. Daß sie erfüllt werden können, zeigt uns die Kartonnagenbranche, wo vor 20 bis 25 Jahren noch ähnliche Zustände herrschten.

Zum Schluß sei noch ein betrübendes Kapitel erwähnt, über das noch an anderer Stelle eingehender wird gesprochen werden müssen. Die Aufzeigung dieser vorhin skizzierten Löhne ist zum größten Teil durch den „Gewertverein der Heimarbeiterinnen“ erfolgt; einer christlichen Organisation, die den christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist. So anerkanntenswert dieses Beginnen ist, fällt doch dabei auf, daß bei einer ganzen Reihe von Heimarbeiterinnen die tarifliche Regelung verneint wird, obwohl Tarife bestehen. So sind Gegenstände aus der Lugsuspapierindustrie Berlins, wie der Kartonnagenbranche, ausgestellt, bei denen vom Gewertverein angegeben ist, daß kein Tarif besteht. Dabei ist doch beispielsweise der Kartonnagentarif auch vom Graphischen Zentralverband mit abgeschlossen. Wenn die Leitung einer Organisation, die angeblich auch Arbeiterinteressen vertritt, ja, den Schutz der Heimarbeiterinnen noch zur besonderen Aufgabe sich gestellt hat, anscheinend selbst nicht über die tariflichen Verhältnisse orientiert ist, so ist es verständlich, wenn ihre Mitglieder erst recht in Unkenntnis dahingleben und ihrer Rechte sich nicht bewußt werden. Es beweist uns aber aufs neue, wie verkehrt es ist, wenn manche Arbeiterinnen sich jenen zuwenden, und wie richtig es ist, daß alle unsere Berufsangehörigen nur durch festen Zusammenhalt in unserem Verband der Buchbinder die Gewähr haben, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zielbewußt verbessert zu sehen.

Die Kulturaufgabe der Gewerkschaftsbewegung.

M. Die Aufgabe der Gewerkschaften besteht im allgemeinen darin, die Arbeiter durch planmäßiges gemeinsames Vorgehen zu befähigen, den Ertrag ihrer Arbeit zu steigern, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern, sowie Einrichtungen zur Sicherung der gewerkschaftlichen Errungenschaften und zur Unterstützung ihrer Mitglieder in wirtschaftlicher Not zu schaffen. In Erfüllung dieser Aufgabe können sich die Gewerkschaften nicht darauf beschränken, lediglich die materielle Hebung der Arbeiter anzustreben, sondern sie müssen auch um ihren kulturellen Aufstieg besorgt sein. Dieser ist mindestens ebenso wichtig, denn der Lebensstandard eines Volkes ist von seinem Kulturniveau abhängig. Wie für ein Volk gilt das auch für den Arbeiter. Je niedriger sein Bildungsstand und je geringer sein Wissen, um so mehr nähert er sich in seiner Lebensweise dem Zustande des Tieres. Seine Lebensansprüche gehen nicht wesentlich über die rohe Stillung des Hungers hinaus. Geistige und künstlerische Bedürfnisse sind ihm unbekannt. Er findet nichts darin, ein Knechtssdalen zu führen, in Unselbständigkeit und Abhängigkeit gehalten zu werden und bildet so für den Unternehmer ein billiges und williges Ausbeutungsobjekt.

Im Gegensatz dazu erwacht mit seinem geistigen Aufstieg in dem Arbeiter der Mensch. Das Leben in Dürftigkeit und Sorge für den täglichen Unterhalt erscheint ihm schal und unerträglich. Höhere Lebensansprüche werden in ihm geweckt und stacheln ihn an, sich frei und unabhängig zu machen, seine wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung in der Gesellschaft zu erkämpfen. Dem Arbeiter kommt zum Bewußtsein, daß kein Naturgesetz ihn dazu verurteilt, Paria der Gesellschaft zu sein. Er lernt erkennen, daß die Lebens- und Kulturgüter, die er erzeugt oder die nur durch seine Arbeit geschaffen werden können, heute aber lediglich den Besitzenden zur Verfügung stehen, auch ihm zugänglich sind, wenn die bestehende, auf dem Vorrecht des Besitzes beruhende Gesellschaftsordnung eine entsprechende Änderung erfährt. Zugleich begriff er, daß er zu dieser Veränderung allein nicht fähig ist, und diese nur durch das geschlossene Zusammenstehen, durch den gemeinsamen gewerkschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiter herbeigeführt werden kann.

Aus dieser Erkenntnis heraus sind die Gewerkschaften nicht nur Kämpfer, sondern auch Kulturgenossenschaften, mit dem Ziel, wie auf wirtschaftlichem so auch auf kulturellem Gebiet die Arbeiterbewegung soweit zu fördern, daß sie in Bildung, Anstand, Idealismus und Solidarität der bürgerlichen Gesellschaft überlegen wird. Je mehr es gelingt, diesem Ziel näherzukommen, um so mehr muß die moralische Werbekraft der Arbeiterbewegung wachsen. Der wirtschaftliche Kampf mit dem Unternehmertum um die Besserung und Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen reicht dazu nicht aus. Dieser bildet nur einen Teil der von den Gewerkschaften zu lösenden Aufgaben. Hinzutreten muß Aufklärung und Bildung der Mitglieder, die Vermittlung einer klaren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einsicht, vor allem bei den jüngeren Arbeitern. Mit der gefühlsmäßigen Einstellung, der Sympathie für die gewerkschaftlichen Ideale allein ist den Gewerkschaften sowie der Arbeiterbewegung im allgemeinen nicht gedient. Sie bedürfen ganzer Menschen, tatkräftiger Kämpfer, die voll und ganz der Gewerkschaftsbewegung angehören, die da wissen, was von ihnen gefordert wird und was sie leisten wollen.

Nur so kann es den Gewerkschaften gelingen, als eine von dem Unternehmertum in allen Fällen zu respektierenden Macht, vom Staat, Gesetzgebung und Wirtschaft als wirtschaftliche und kulturelle Vertretung der Arbeiter anerkannt zu werden, sowie auf diese Faktoren einen entsprechenden Einfluß zu gewinnen. Die Notwendigkeit dieser Anerkennung und ihre Bedeutung wird von der Arbeiterschaft, besonders aber von den organisierten Arbeitern, nur zu sehr unterschätzt, womit sie dazu beitragen, gewerkschaftliche und politische Errfolge der Arbeiterbewegung in Frage zu stellen, zum Teil sogar verlorengehen zu lassen. Das Unternehmertum hat, obgleich es nur einen kleinen, wenn auch den kapitalträchtigsten Teil der Bevölkerung darstellt, es seit jeher besser verstanden, seine Interessen zu wahren, Staat, Gesetz-

gebung und Wirtschaft denselben dienlich zu machen. In unablässiger, zäher, vor keinem Mißerfolg zurückschreckender Tätigkeit sucht es überall auf die maßgebenden Stellen einzuwirken, diese für seine Zwecke zu gewinnen. Die Wirkungen dieser Tätigkeit machen sich für die Arbeiter in oft recht unangenehmer Weise fühlbar. Diese Tätigkeit ist die Ursache, daß die deutsche Sozialpolitik so geringe Fortschritte macht, der Arbeiterschutz große Mängel aufweist, die Ausgestaltung des Arbeiterrechts nicht vorwärtsgehen will, die Steuer- und Zollgesetzgebung in einseitiger Weise die Bedürfnisse der Beschäftigten berücksichtigt, in wichtigen, die Arbeiterschaft berührenden gesetzgeberischen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen nur die Unternehmer gehört, die Gewerkschaften dagegen übergangen werden, als ob es keine Vertretung der Arbeiterschaft gäbe.

Diesen Zustand dürfen die Arbeiter nicht ungesagvoll hinnehmen. Sie haben ein verfassungsmäßig garantiertes Recht darauf, in voller Gleichberechtigung mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken, wobei die beiderseitigen Organisationen und ihre Vereinbarungen anzuerkennen sind. Nicht umsonst ist in Artikel 151 der Reichsverfassung festgelegt, daß die Ordnung des Wirtschaftslebens den Grundfragen der Gerechtigkeit mit dem Ziel der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen muß. Die bestehenden Verhältnisse sind von der Verwirklichung dieser Grundfrage noch weit entfernt, nicht zum wenigsten durch die Zersplitterung der Arbeiterbewegung und der hieraus sich ergebenden wirtschaftlichen und politischen Schwächung der Arbeiterschaft. Soll hierin eine Änderung eintreten, so kann es nur dadurch geschehen, daß die Arbeiter allen Zersplitterungsbestrebungen innerhalb der Gewerkschaften entschieden entgegenzutreten, mit der gleichen Entschiedenheit aber auch den Indifferentismus innerhalb der Arbeiterschaft bekämpfen.

Gleichgültigkeit und Indifferentismus sind die schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft. Das muß in unaufhörlicher Aufklärungsarbeit jedem Arbeiter zum Bewußtsein gebracht werden. Wer außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation steht, schädigt seine Mitarbeiter, übt Verrat an sich selbst und seiner Familie, zugleich hemmt er die Arbeiterbewegung in der Durchführung ihrer Aufgaben. Nur einiges, geschlossenes Zusammenhalten, reges solidarisches Zusammenarbeiten aller Arbeiter vermag ihr die Erfolge zu sichern, auf deren Boden die Arbeiterschaft vorwärtschreiten und die Höhe eines besseren, schöneren und freieren Menschentums erklimmen kann.

Der große Arbeitskampf in Dänemark.

(308.) Nach langwierigen Verhandlungen während 2½ Monaten ist es trotz aller Bemühungen der staatlichen Schlichter und trotz der im Interesse des Friedens von den Gewerkschaften geübten Zurückhaltung in Dänemark nun doch dank der schroffen Haltung der Arbeitgeber zu dem lang erwarteten Großkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern gekommen.

Die Unternehmer hatten schon lange vor dem vertraglich festgelegten Termin alle in der Zeit vom 1. Februar bis 1. April ablaufenden Tarifverträge für 105 000 Mitglieder der Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände und für 25 000 Mitglieder außenstehender Verbände gekündigt und waren bestrebt, die Verhandlungen über die schon am 1. Februar ablaufenden Verträge für circa 80 000 Arbeiter in die Länge zu ziehen, damit eine eventuelle Aussperrung möglichst alle Arbeiter gleichzeitig treffen würde. Wie in den letzten Jahren lief die Lottie der Unternehmer darauf hinaus, durch eine Zusammenhäufung aller Konflikte im letzten Augenblick und unter dem Zwang einer anzukündigenden Aussperrung die Tarifverträge durch eine von den staatlichen Schlichtern ausgearbeitete generelle Abmachung zu erneuern. Eine derartige allgemeine Vereinbarung, über die immer erst in letzter Stunde und unter dem Zwang der angekündigten Streiks oder Aussperrungen eine Einigung vor der Schlichtungsinstitution zustande kommt, ermöglicht aber nicht eine eingehende Behandlung der für die verschiedenen Berufe geltenden Verträge und läßt auch nicht genügend Zeit für Besprechungen über eine Revision veralteter Vertragsbestimmungen oder über die Auf-

besserung der Lage besonders schlecht entlohnter Arbeitergruppen. Die in den letzten Jahren gemäß den Indizes vorgenommenen Lohnherabsetzungen oder Lohnerhöhungen trafen deshalb alle Arbeiter gleichmäßig ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse oder Lohnlage. Mit der Zeit hat sich nun das Verhältnis bei den Verhandlungen in den einzelnen Berufen so gestaltet, daß sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeiterorganisationen, in der bestimmten Gewißheit, daß die endgültige Vereinbarung doch erst bei den Verhandlungen vor der Schlichtungsinstitution zustande kommt, jedes vorherige Zugeständnis ablehnen. Wenn dann nach langem Hin und Her die Verhandlungen in den verschiedenen Berufen gescheitert sind, werden in letzter Stunde alle Streitfragen an die Schlichtungsinstitution verwiesen, die in der Regel versucht, durch eine generelle Ordnung alle Konflikte beizulegen. Dieses Verhältnis, das eine Berücksichtigung aller besonderen Wünsche und Notwendigkeiten ausschließt, hat viel Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorgerufen.

Auch in diesem Jahre wurden die Verhandlungen von den Arbeitgebern hinausgezögert. Trotzdem die Verträge bereits abgelaufen waren, hatten noch in verschiedenen großen Berufen überhaupt keine Verhandlungen stattgefunden.

Bei der diesjährigen Tarifierneuerung forderten die Arbeiter eine Lohnerhöhung gemäß der eingetretenen Steigerung der Indizes. Nur der Fabrikarbeiterverband forderte darüber hinaus eine weitere Erhöhung für diejenigen Mitgliederkategorien, deren Lohn besonders niedrig ist oder durch die allgemeinen Vereinbarungen unter den Durchschnittslohn ähnlicher Arbeitergruppen gesunken ist.

Die Arbeitgeber einiger bedeutender Industrien forderten dagegen eine zehnprozentige Lohnreduktion und widersetzten sich hauptsächlich der bisher üblichen automatischen Lohnregelung nach dem zweimal im Jahre veröffentlichten Preisindex.

Unter Mitwirkung der staatlichen Schlichter gelang es, in einigen Berufen auf der Grundlage einer dreiprozentigen Lohnreduktion eine Einigung zu erzielen entsprechend der eingetretenen Preissteigerung. In der Metallindustrie verweigerten die Unternehmer jede Lohnerhöhung, und auch der Fabrikarbeiterverband konnte zu keinem Einverständnis mit den Arbeitgebern kommen, so daß die vom Arbeitgeberverein angekündigte Aussperrung in der Metallindustrie am 18. März erfolgte. Gleichzeitig traten auch die von den Fabrikarbeitern angekündigten Streiks in Kraft. Damit befanden sich circa 42 000 Arbeiter im Kampf.

Die Schlichtungsinstitution setzte ihre Friedensbestrebungen fort, mit dem Ergebnis, daß in der Nacht zwischen dem 28. und 29. März zwischen den beiden Hauptorganisationen ein Abkommen vereinbart wurde, wonach neue Aussperrungen und Streiks verschoben und neue Verhandlungen auf der Basis eines von der Schlichtungsinstitution gemachten Vorschlages aufgenommen werden sollten.

Die nach diesen Verhandlungen dennoch verbleibenden Streitpunkte sollten der Schlichtungsinstitution unterbreitet werden, die dann für die Berufe und in den Fällen, wo keine Einigkeit erzielt werden konnte, spätestens bis zum 11. April einen neuen Schlichtungsantrag zu machen hatte.

Bei den hiernach stattfindenden Verhandlungen wurde für einige Berufe eine Einigung über die Erneuerung der Verträge erzielt, aber es blieben dennoch so viele Fragen ungelöst, daß die Schlichtungsinstitution am 11. April nicht weniger als 22 verschiedene Schlichtungsanträge stellen mußte. Diese Schlichtungsvorschläge wurden den betreffenden Organisationen zur Entscheidung unterbreitet.

Als das Ergebnis vorlag, zeigte es sich, daß die Schlichtungsvorschläge in 14 Fällen vollständig und in drei Fällen mit gewissen Vorbehalten angenommen, aber in fünf Fällen verworfen worden waren. Unter den Verbänden, die den Vorschlag verworfen hatten, befanden sich die beiden größten, der Verband der ungelerten Arbeiter und der Metallarbeiterverband. Die Ursache der Ablehnung kann wesentlich in dem Umstand gesucht werden, daß der Schlichtungsvorschlag für die Metallindustrie keine Lohnerhöhung vorsah. Nur die Minimallöhne sollten erhöht werden — was ohne praktische Bedeutung war —, während die Arbeiter in allen übrigen Berufen eine drei- bis fünfprozentige Lohnerhöhung annehmen sollten.

Der Arbeitgeberverein hielt am 17. April seine Generalversammlung ab, die den von der Schlicht-

tungsinstitution gestellten Schlichtungsanträgen zustimmte. Am Tage darauf, als der Arbeitgeberverein davon Kenntnis erhielt, daß einige der Verbände die Vorschläge verworfen hatten, wurde in einer Sitzung des Hauptvorstandes der Arbeitgeber beschlossen, die angeklagten Ausperrungen am 20. April in Kraft treten zu lassen. Gleichzeitig haben die Arbeitgeber mitgeteilt, daß sie sich als frei und nicht länger an den von ihnen am 17. April angenommenen Schlichtungsvorschlag gebunden betrachteten.

Die von den Arbeitern angekündigten Sympathiestreiks wurden am 21. April eingeleitet. Zurzeit stehen demnach circa 125 000 organisierte Arbeiter im Kampf, davon über 100 000 Mitglieder der Landeszentrale angeführten Verbände. Trotzdem die Schlichter die Verbindungen mit den kämpfenden Parteien aufrechterhalten, muß mit einer langen Kampfdauer gerechnet werden.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß rund die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder von der Aussperrung betroffen werden, hat die dänische Gewerkschaftszentrale die internationale Hilfe angerufen. Der IOB hat sich wegen Einleitung einer Unterstützungsaktion bereits mit den gewerkschaftlichen Landeszentralen in Verbindung gesetzt. Da die dänische Arbeiterschaft bisher bei jeder Gelegenheit die weitgehendste Solidarität gezeigt hat, kann bestimmt erwartet werden, daß die Arbeiterschaft aller Länder den dänischen Arbeitsbrüdern so schnell und wirkungsvoll wie möglich zur Hilfe eilen wird.

Reichstarif - Unternehmer - Syndizis - und Gewerbegerichte.

Für die deutsche Kartonnagen-Industrie besteht seit 1920 ein Reichstarif, der allgemeinerbindlich erklärt ist, was besagen soll, daß die vereinbarten Löhne nicht nur von den Tarifkontrahenten, sondern auch von den Außenleitern bezahlt werden müssen. Den Vertragskontrahenten in Annaberg, Buchholz und neuerdings auch denen in Marienberg sind die vereinbarten Löhne zu hoch, und erstere machen seit etwa Jahresfrist Schwierigkeiten in der Zahlung der zentral vereinbarten Löhne. Mehrfache örtliche Verhandlungen und vor dem tariflichen Oberchiedsgericht führten zu keiner Verständigung. Vor dem Schlichtungsausschuß Chemnitz kam ein Vergleich zustande, der ab 1. bis 31. August 1924 den tariflichen Zustand wiederherstellte.

Die Führung in diesem Lohnstreit hat der bekannte Syndikus der Obergergebirgischen Arbeitgeberverbände, Herr Dr. Knorr, unter dessen Leitung wurden die ab Anfang November erhöhten Reichstariflöhne wieder nicht gezahlt, sondern man ging sogar dazu über, selbst einen Vohntarif aufzustellen, über dessen Inhalt die Ortsverwaltung und die Gauerleitung keine Kenntnis erhielt. Gegenüber solcher vertragswidriger Haltung der Tarifkontrahenten rief die örtliche Leitung unseres Verbandes in Annaberg-Buchholz und die Gauerwaltung die zuständigen Gewerbegerichte Annaberg und Marienberg zur Beilegung dieses Streitfalles an. Das geschah Mitte Dezember 1924, und nunmehr, nach 4½ Monaten, glaubt du, lieber Leser, müßten die Streitfälle ihre Erledigung gefunden haben? Weit gefehlt! Die Ratgeber der Unternehmer sind sehr geriffene Leute, sie müssen überdies ihrem Arbeitgeber wohl auch zeigen, daß sie ihr Gehalt nicht umsonst bekommen. Dr. Knorr und sein Adjutant Hähnchen beantragten beim Gewerbegericht zunächst Zeugenernehmung von zwei Arbeitgeber- und zwei Arbeitnehmervertretern. Das ging zwar nicht so schnell, aber nach drei Monaten, nämlich am 11. März, war doch endlich die letzte Zeugenernehmung beendet. Gegen Ende März fanden die weiteren Verhandlungen statt. Aber auch bei diesen Verhandlungen vor dem Gewerbegericht konnte der Streitfall seine Erledigung nicht finden, denn der Vorliegende hielt es für nötig, bei der Reichsarbeitsverwaltung anzufragen, wie denn die allgemeine Verbindlichkeit zu verstehen sei. Wieviele Monate werden also noch vergehen, bis der einfach gelagerte Streitfall sein Ende finden wird.

Beim Lesen dieses kann jeder Kenner tariflicher Verhältnisse auf den Gedanken kommen: Hier ist etwas nicht richtig. Bei der Beurteilung dieser Dinge ist uns natürlich nicht im entferntesten der Gedanke gekommen, als könnten die jeweiligen Vorliegenden von den Syndizis irgendwie beeinflusst sein. Nein, hier zeigt sich nur zu deutlich, daß die Vorliegenden der Gewerbegerichte Annaberg und Marienberg noch so geistig hochstehende, wissenschaftlich begabte Männer sein können, daß sie jedoch das Tarifwesen nicht beherrschen und daß sie der Sache westfremd gegenüberstehen und daher zwischen den Vertragsparteien reflos hin- und herpendeln.

Die Lehre für die ergebirgische Arbeiterschaft sollte sein: Schließt euch eurem Berufs-

verbände an, um eure berechtigten Interessen durchsetzen zu können. Geschlossenes Vorgehen im Verbände schützt euch vor den Kniffen der Syndizis der Unternehmer, und auch das Anrufen der Gewerbegerichte dürfte dann kaum notwendig sein. Nicht in Stahlhelm- und Wehrwolforganisationen werden eure Interessen vertreten. In diesen Organisationen veraltet man auch nur, und die freien Zeichen, die ihr dort erhaltet, werden begahlt von euren eich vorerhaltenen Löhnen.

Begreift endlich, ihr Ergebirgler, nur in eurem Berufsverbande werden eure Interessen am besten gewahrt, nur dieser ist der sicherste Hort und Schutz für euch und eure Familie.

Internationales.

Die internationale Buchbinderöderation hatte für den 18. und 19. April eine Internationale Kommissionssitzung nach Bern einberufen, an der die Kollegen Hauelsen-Berlin, Spallaccia-Mailand, Koch, Peyer und Hochstrasser-Bern teilnahmen. Aus dem dort erstatteten Bericht des internationalen Sekretärs entnehmen wir, daß von folgenden Verbänden Berichte über Lohnbewegungen eingegangen waren: Dänemark, Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Holland, Italien, Schweiz. Von keinem dieser Verbände wurde die internationale Streikunterstützung verlangt, sämtliche Bewegungen haben mit Erfolg abgeschlossen.

Die Kommissionssitzung vom September 1924 hatte dem Sekretariat den Auftrag erteilt, weitere Schritte zu unternehmen, um die englische Organisation zur Begleichung ihrer Beitragsschuld zu veranlassen. Die Anstrengungen in dieser Richtung blieben ohne Erfolg. Das Sekretariat wurde beauftragt, trotz der bestehenden Schwierigkeiten in bezug der Erhaltung von zuverlässigen Informationen dennoch weitere diesbezügliche Versuche vorzunehmen.

Gegen Ende 1924 wurde das Sekretariat vom kommunistischen Buchbinderverband in Berlin um Vermittlung ersucht behufs Zusammenschlusses mit dem deutschen Buchbinderverband. Nach Einzug des nötigen Beweismaterials von beiden Seiten hat das Sekretariat dem Gesuch keine Folge gegeben. Die Gründe dieser Stellungnahme bestehen in der Tatsache, daß es sich um eine reine innere Angelegenheit des deutschen Verbandes handelt, dem es allein zusteht, ob er eine Verschmelzung mit der kommunistischen Gruppe vornehmen will oder nicht. Seine Beschlüsse gehen dahin, daß es jedem ausgetretenen Mitgliede freisteht, sich dem Hauptverband anzuschließen, ausgenommen diejenigen, die ausgeschlossen wurden. Der Vertreter Deutschlands hat sich auch neuerdings in diesem Sinne ausgesprochen und die Kommission hat sein Vorgehen, wie dasjenige des Sekretariats, gebilligt.

Das Sekretariat gab nähere Auskunft über die Spezialkonferenz in Wien vom letzten Jahre. Die dort gefaßten Resolutionen, sowie die Stellungnahme in den verschiedenen Fragen, wie Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit, Akkord- und Heimarbeit, Lehrlingswesen usw. sind von der Kommission als berechtigt anerkannt. Ebenso wird es begrüßt, wenn die östlichen Länder sich als angrenzende Wirtschaftsgebiete in ein engeres Verhältnis analog demjenigen in den skandinavischen Ländern zusammenschließen. Dabei soll allerdings ein solcher Zusammenschluß nicht eine Teilinternationale innerhalb der Internationalen bedeuten. Das Sekretariat soll diesbezüglich spezielle Richtlinien ausarbeiten, den Interessenten zustellen und den diesbezüglichen gemeinsamen Verhandlungen beiwohnen.

In bezug auf die graphische Industrieorganisation soll aus den Verbandsberichten über die diesbezüglichen Verhältnisse eine Zusammenstellung vorgenommen werden, um ev. einheitliche Richtlinien für die Kartellierung festzulegen.

Der vorgelegte Kassenbericht wurde genehmigt.

Die Organisation in Litauen hatte sich zur Internationale angemeldet, jedoch ist eine bestimmte Beitrittsklärung bis jetzt nicht eingetroffen. Finnland und Rumänien haben im letzten Jahre nichts mehr von sich hören lassen.

Das Sekretariat unterbreitete der Kommission die Frage, ob in Anbetracht der hohen Kosten

das internationale Mitteilungsblatt ev. nur in drei Sprachen herausgegeben werden soll. Es soll diesbezüglich mit den skandinavischen Ländern in Verhandlung getreten werden.

Der dänische Verband hatte nach Bekanntgabe der Berechnungen für die Beitragsleistung der Mitglieder und des jedem Verband im Falle einer Bewegung zukommenden Unterstützungsbeitrages die Anfrage gestellt, ob zugunsten der größeren Verbände der Wochen-Extrabeitrag nicht erhöht werden könne. Diesem Wunsche ist in dem Sinne entsprochen, daß die Kommission folgenden Beschluß faßt: „Dem Sekretariat ist es mit der Zustimmung der internationalen Kommission überlassen, bei Bewegungen von großem Umfange einen höheren Extrabeitrag festzusetzen, als dieser im § 12 der internationalen Statuten vorgesehen ist.“

Im § 12 der internationalen Statuten ist grundsätzlich die Bildung eines Reserfonds vorgesehen. Gestützt darauf wird das Sekretariat beauftragt, einen geeigneten Vorschlag bezüglich der Auffüllung eines Reserfonds auszuarbeiten, der Kommission vorzulegen, die dann denselben der nächsten internationalen Konferenz zu unterbreiten hat.

An Stelle des seitherigen englischen Vertreters in der Kommission muß auf der nächsten internationalen Konferenz ein Ersatz bestimmt werden. Die Frage, ob bei dieser Gelegenheit gleichzeitig eine Erweiterung der Kommission um ein Mitglied vorgenommen werden soll, wurde nicht endgültig erledigt. Im geeigneten Zeitpunkt soll mit den in Frage kommenden Ländergruppen vor der internationalen Konferenz verhandelt werden.

Nach eingehender Prüfung der Frage der Arbeitslosigkeit und der damit zusammenhängenden Fragen sind den Verbänden folgende Aufgaben zur Prüfung und Durchführung unterbreitet:

1. Forderung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 8 Stunden.
2. Möglichst einheitliche Regelung der Frauenarbeit, unbedingtes Festhalten am Grundsatz: Gleiche Arbeit, gleicher Lohn.
3. Periodische Erhebungen über den Arbeitsmarkt.
4. a) Förderung der Arbeitslosenversicherung auf staatlichem Gebiete.
b) Bessere allgemeine Arbeitslosenunterstützung an Zureisende vom Auslande, einheitliche Karenzfristen für die Anrechte.
5. Allgemeine Gewährung von bezahlten Ferien.

Das Sekretariat wurde ferner beauftragt, die Frage der internationalen Unterstützung einem Studium zu unterziehen und ev. entsprechende Vorschläge vorzubereiten.

Die Frage der Frauarbeit einer gewissen Regelung zuzuführen, stößt auf große Schwierigkeiten, da die Verhältnisse nicht nur von Land zu Land, sondern oft im gleichen Lande nach den verschiedenen Betriebsarten auch wiederum sehr verschieden sind. Die Kommission bestätigt, daß trotzdem die Angelegenheit intensiv verfolgt werden müsse. Die Verbände und das internationale Sekretariat sind beauftragt, diese Frage einem eingehenden Studium zu unterwerfen und der nächsten internationalen Konferenz geeignete Vorschläge zur Regelung der Frauarbeit zu unterbreiten.

In Anbetracht des Umstandes, daß gegenwärtig Verhandlungen stattfinden zwischen den beiden tschechischen Gewerkschaftszentralen und dem Internationalen Gewerkschaftsbund, die bereits in der Richtung des Zusammenschlusses einen Fortschritt erzielt haben, wird bis zum endgültigen Abschluß dieser Verhandlungen ein weiteres Vorgehen in der tschechischen Organisationsfrage unseres Berufs verschoben.

Die nächste Internationale Konferenz wurde auf Ende Mai 1926 festgesetzt, als Ort der Konferenz Kopenhagen bestimmt.

Dänemark. Anlässlich des inzwischen zum Ausbruch gekommenen Grobkampfs in Dänemark hat unser Bruderverband in seinem Verbandsorgan vom 2. April Extrabeiträge ausgeschrieben, und zwar in Höhe von 4 Kronen pro Woche für männliche und 2 Kronen pro Woche für weibliche Mitglieder. Trotz der drohenden allgemeinen Aussperrung war es unserem Bruder-

verband noch möglich, für die Papierwarenindustrie eine Lohnerhöhung von 3 Proz. zu erreichen, die allerdings nur einen Ausgleich für die gestiegene Indexziffer bildet, wie sie für den Monat Februar ermittelt worden war.

Im Rahmen dieses Übereinkommens gelang es, in der Tüten- und Briefumschlagbranche ab 1. August 1925 die Heimarbeit abzuschaffen; zugelassene Ausnahmen von dieser Bestimmung sind streng umgrenzt.

Mögen die Erfolge unseres dänischen Bruderverbandes an sich bescheiden sein, so sind sie doch um so höher zu werten, als einmal die nunmehr in Kraft getretene allgemeine Aussperrung schon seit Wochen in der Luft lag, und zum anderen die Papierwarenindustrie unter außerordentlichem Beschäftigungsmangel leidet, wie vom Sozialministerium der Arbeitslosenunterstützungskasse des Buchbinderverbandes bestätigt wurde. Diese Bestätigung ist insofern von praktischer Bedeutung, als damit ein höherer Zuschuß des Staates an die Arbeitslosenunterstützungskasse des Verbandes verknüpft ist.

Ob bei dem Istkampf in Dänemark auch Mitglieder unseres dänischen Bruderverbandes beteiligt sind, ist aus der Zeitung vom 20. April nicht ersichtlich. Eine indirekte Auswirkung des Großkampfes ist es aber wahrscheinlich, daß erneut darauf hingewiesen wird, daß durch Tarifvertrag jedwede Heimarbeit verboten ist, und daß die Mitglieder aufgefordert werden, auf die Durchführung dieser Bestimmung zu achten, d. h., nicht nur selbst Heimarbeit verweigern, sondern diese gegebenenfalls auch zu verhindern.

Norwegen. Auch der norwegische Verband schreibt einen Extrabeitrag aus in Höhe von 5 bis 50 Ore, je nach der Beitragsklasse. Dieser Beitrag ist zunächst allerdings zur Stärkung der eigenen Streikkasse bestimmt, wird aber als Ausfluß internationaler Solidarität vielleicht doch noch nach Dänemark wandern.

Der Verbandstag des norwegischen Verbandes wird für den 27. Juli nach Oslo einberufen.

Warnung. Die „Fédération française des Travailleurs du Livre“, Sektion Colmar, teilt mit, daß die Firma Czechorzinski, Druckerlei und Bücherfabrik, nicht tariffrei ist und die festgesetzten Löhne nicht zahlt. Wir warnen unsere Kollegen vor Annahme einer Stelle in dieser Firma.

Berichte.

Berlin. Den Alten zur Ehr', den Jungen zur Lehr! Der Kollege Otto Heiermann, Buchbinder, feierte in diesen Tagen sein 50jähriges Jubiläum. Beschäftigt ist Kollege Heiermann am 1. Juni 1925 ununterbrochen 40 Jahre bei der Firma Albrecht Nachfolger, Buchbinderei. Wir wünschen dem noch rüstigen 64jährigen Veteranen einen frohen Lebensabend und hoffen auf eine weitere, treue Mitarbeit in unserer Organisation.

Freiburg i. Br. Besonderen Besuch erhielten wir anlässlich unserer am 21. April stattgehabten Mitgliederversammlung. Unser Verbandsvorsitzender Kollege Haueisen, von einer Konferenz in Bern kommend, hatte es sich nicht nehmen lassen, der Preisgauperte einen Besuch abzustatten, außerdem besuchte uns noch Kollege Adolf Müller, München. Der Vorsitzende begrüßte beide Kollegen im Namen der Zahlstelle aufs herzlichste.

Es war für die Freiburger ein Bedürfnis, aus vernehmen Munde neue Anregung und Belehrung zu vernahmen, welcher Aufgabe sich Kollege Haueisen in seinem Referat: „Voraussetzungen zu erfolgreicher Verbandsarbeit“ in zutreffender und überzeugender Form entledigte, wofür ihm lebhafter Beifall zuteil wurde. Kollege Müller überbrachte hierauf die Grüße der Zahlstelle München und richtete ebenfalls die Aufforderung an die Mitglieder, am Wiederaufbau der Organisation mitzuarbeiten.

Der Vorsitzende machte einige Ausführungen zum Referat und nahm dabei auch Bezug auf den Leitartikel des „Buchbinders Anzeigers“ Nr. 16, aus dem hervorgeht, welche Absichten für die nächsten Lohnverhandlungen jetzt schon unüberhört zum Ausdruck kommen. Es geht jetzt, aufzuspähen, um das Schlimmste abzuwehren. Kollege Haueisen ging in seinem Schlußwort noch speziell auf diesen Artikel ein und schloß mit einer Aufforderung, insbesondere auch an die jüngeren Kollegen, zur Mitarbeit für den Verband.

Nach Erledigung einiger weiteren geschäftlichen Angelegenheiten prägte der Vorsitzende Kollege Bachmann unserem Kollegen Haueisen für seinen Besuch den Dank ab. Wenn alle Mitglieder die Nachträge und Binde befolgen, wird es auch hier weiter vorwärts gehen. Beim

anschießenden gemütlichen Beisammensein erzeute uns ein Mandolinquartett mit flott gespielten Stücken und gab so dieser Beisammensetzung einen harmonischen Abschluß.

Karlsruhe. In der am 23. April stattgehabten Mitgliederversammlung referierte der Kollege Haueisen über die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Tätigkeit des Verbandes, wobei er insbesondere auch die Verhältnisse in Karlsruhe behandelte. Die geringe Anteilnahme an der Organisationsarbeit und die mangelnde Beitragsleistung vieler Mitglieder lasse erkennen, daß noch vieles im argen liege und dringend der Besserung bedürfe. Die sich an das Referat anschließende Aussprache war lebhaft und ließ das Bestreben erkennen, die vorhandenen Uebelstände zu beseitigen und für ein gutes Funktionieren des Organisationsapparates Sorge tragen zu wollen.

Lahr i. Baden. Am 22. April referierte der Kollege Haueisen in einer gut besuchten Mitgliederversammlung über die im Mai in Hamburg stattfindenden Tarifverhandlungen der Kartonnagenindustrie. In eingehender Weise besprach er die sowohl von unserer Seite als auch von den Arbeitgebern gestellten Anträge zur Abänderung des Manteltarifs. Er betonte dabei mit allem Nachdruck, daß die Gefahr nahe liege, daß sich Fortschritte in der Weiterentwicklung dieses Tarifvertrages nicht erzielen lassen würden. Die Schuld daran liege aber ausschließlich nur bei der Arbeiterschaft der Kartonnagenindustrie selbst, denn bei ihr sei teilweise eine Unzeit und Gleichgültigkeit gegenüber der Organisation eingetreten, die das Unternehmertum höchstens auszunutzen bestrebt sei. Ja, es seien Fälle zu beobachten, wo die Arbeiterschaft nicht einmal den Mut aufbringe, die ihr rechtmäßige und außerdem höhere Nachdrücklich zu fordern. Teilweise sei es auch vorgekommen, daß man sich die 12 1/2 Proz. für die wöchentlich zu leistenden sechs Werkstunden hätte nicht bezahlen lassen. Wenn das so weiter getrieben werde, so werde der Tarif durch die Arbeiterschaft selbst so durchlöcherigt, daß er keine Bedeutung mehr besäße. Das müsse und könne aber sehr wohl vermieden werden, wenn die Kartonnagenarbeiterschaft endlich sich allerorts wieder aufraffe und der Organisation sich anschließe, in ihr mitarbeitende und Aktivität entfalte in der Wahrnehmung der ihr zustehenden tariflichen Rechte. In Lahr und Umgebung seien noch mehrere hundert Kartonnagenarbeiter und -arbeiterinnen dem Verbands fern, es gelte mithin noch ein tüchtiges Stück Organisationsarbeit zu leisten. Die Ausführungen des Kollegen Haueisen wurden in der sich anschließenden Aussprache noch wirksam unterstützt durch die Kollegen Dürz und Eugen Schmidt sowie durch den Vorsitzenden der Zahlstelle.

Glückwünsche zum Jubiläum.

Dem Verbands sind aus Anlaß des 40-jährigen Jubiläums sowohl vom Verband der Buchdrucker, wie der graphischen Hilfsarbeiter, Schreiben zugegangen, in denen das Wirken unserer Organisation gewürdigt wird und die besten Glückwünsche zum Ausdruck gebracht werden.

Der Verband der Buchdrucker schreibt dabei:

Aus kleinen Anfängen ist der Verband der Buchbinder in den vier Jahrzehnten zu einer achtunggebietenden Organisation emporgestiegen, trotz der schwierigen Verhältnisse, die gerade im Buchbinderverband in organisatorischer Beziehung zu überwinden waren. Das vielgestaltige Tarifwesen mußte geschaffen und ausgebaut werden bis zu seiner heutigen verhältnismäßigen Vollkommenheit; im Kampfe mit der Unternehmerschaft der verschiedenen Branchen, mit denen es Ihre Organisationsleistung vor allem auf dem Tarifgebiete zu tun hat, erwachsen schwierige Aufgaben, die mit Geschick und Fähigkeit gelöst wurden.

So berechtigt denn die Vergangenheit dieser 40 Jahre zu der begründeten Hoffnung, daß der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands auch im fünften Jahrzehnt für seine Angehörigen in bester Weise wirken wird und zu den bisherigen Erfolgen neue hinzufügt.

Und der Verband der graphischen Hilfsarbeiter schreibt:

In einer für die Arbeiterschaft unlagbar schweren Zeit ins Leben gerufen, hat der Buchbinderverband allen Hemmungen und Hindernissen trotzend, durch wechselvolle Geschicke hindurch seinen Weg bis zu seiner heutigen achtunggebietenden Größe gefunden. Möge seine fernere Entwicklung und sein Wirken wie bisher nur segensreich für die Arbeiterschaft der papierverarbeitenden Industrie und des graphischen Gewerbes sein.

Ebenso sind uns von privater Seite noch mehrere Glückwünsche zugegangen. Wir danken bestens für die erwiesene Aufmerksamkeit und hoffen, daß sich die Wünsche in reichem Maße erfüllen werden.

Gau Sachsen.

Im Einverständnis mit unseren Zahlstellen und Gauorten beruft Unterzeichneter für Sonntag, den 5. Juli, vormittags 9 Uhr, den 7. Gau-tag nach Leipzig, Zeiger Str. 32, „Volkshaus“, Zimmer 9, ein.

Tagesordnung:

1. Bericht des Gauvorstandes und Agitation im Gau. Referent: E. Pflüge, Chemnitz.
2. Unsere Reichstagspolitik und kann diese dem Verbandstag weiter empfohlen werden? Referent: H. Lange, Dresden.
3. Der bevorstehende Verbandstag und die dazu vorliegenden Anträge. Referent: K. Hefse, Leipzig.
4. Vorliegende Anträge, den Gau betreffend.
5. Verschiedenes.

Die Zahlstellen und Gauorte ersuchen wir, sofort zum Gau-tag Stellung zu nehmen. Anträge, die auf dem Gau-tag zur Beratung kommen sollen, müssen bis spätestens Montag, den 15. Juni, in unseren Händen sein.

Mit kollegialem Gruß

Der Gauvorstand.

J. A. C. Pflüge, Chemnitz, Dresdener Str. 40.

Gau Hanja.

Der Gauvorstand beruft zum Sonntag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, den Gau-tag nach Kiel im Gewerkschaftshaus, Legienstraße, ein. Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Die Tariffrage. 3. Die Werkkraft des Verbandes. 4. Der bevorstehende Verbandstag und die dazu gestellten Anträge. 5. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Aufgaben des Kongresses. 6. Erledigung von Anträgen. 7. Verbandsangelegenheiten.

Literarisches.

Schutz: Die Kunst des Sprechens und des Vortrags. 260 Seiten. Preis gebunden 3,30 M. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Das Buch ist aus der Praxis hervorgegangen. Nach einem ausführlichen Kapitel über richtige Haltung und Atemgymnastik folgen Sprechübungen und Vortragsübungen zur Erreichung eines klaren, ausdauernden Organs.

Eigener Herz ist Goldes wert! Praktische Familienhäuser auf dem Lande und in den Vororten schon für 3500 Goldmark an. Ein Wegweiser für alle diejenigen, die auf dem Lande und in den Vororten im eigenen Hause gesund und billig wohnen wollen. Herausgegeben von Amtsbaumeister a. D. M. Spindler. Mit 102 Seiten und 225 Abbildungen. Preis 3 M., gebunden 4,50 M. Heimkultur-Verlags-Gesellschaft, G. m. b. H., Viebrich-Wiesbaden, Postfach 21, Nr. 7.

Drittes Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1925. Herausgegeben vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam. 550 Seiten. Preis 10 M. Zu beziehen durch den Buchhandel oder von der Verlagsabteilung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Lefschabestraat 31, Amsterdam.

Prof. Dr. Kröpfchenheiner. Vom gebunden und franko 1,85 M. Max Hesses Verlag, Berlin W. 15.

Nach einer kurzen anatomischen Einleitung bespricht der bekannte Münchener Herzphysiologe die einzelnen Formen der Herzkrankheiten (Klappenfehler, Entzündungen, nervöse Störungen), verbreitet sich über die Gefäßkrankheiten, die Folgeerkrankungen und Beschwerden der Herzkrankheiten und die Ursachen der Herzkrankheiten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Abrechnungen vom 1. Quartal gingen weiter bis zum 5. Mal bei der Verbandskasse ein von: Gau Nordosten 1000.— M., Berlin 36 688,50 M., Gau Hanja 1204,95 M., Flensburg —, M., Hamburg-Altona 13 300.— M., Kiel 312,90 M., Torgau 475.— M., Gau Hannover 750.— M., Völsch 4375.— M., Delmold 422,35 M., Rassel 800.— M., Vochum 390.— M., Wachen 430.— M., M.-Gisbadach 166.— M., Reuville 205.— M., Eberstadt 560.— M., Frankfurt a. M.-Ostend 7400.— M., Ludwigshafen 300.— M., Mainz 496,90 M., Mannheim 700.— M., Saarbrücken 331,83 M., Wiesbaden 502,75 M., Sals 1400.— M., Nordhausen 597,25 M., Rauenstein —, Markt, Rudolfsdorf 60.— M., Gau Sachsen 1090,62 M., Annaberg-Buchholz 3762,40 M., Chemnitz 3276,80 M., Dresden 20 755,65 M., Großenhain 150.— M., Plauen i. V. 1380.— M., Ratzschke 1690,35 M., Strickheim-Teß 950.— M., Saab 3000.— M., Weingarten 680,30 M., Schweinfurt 93.— M.